

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30 – Stand und Perspektiven der parlamentarischen Dimension der Ostseekooperation

Dazu sagt der europapolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 434.06 / 13.10.06

Ostseeraum nachhaltig entwickeln

Auf der Agenda der Ostseeparlamentarierkonferenz standen auch dieses Mal wichtige Themen für Schleswig-Holstein, zum Beispiel das Grünbuch der EU, die Algenblüte, die leblosen Gebiete auf dem Grund der Ostsee und die nachhaltige Fischerei. Der Konferenzbeschluss, auf künftigen Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz auch das Thema Energie auf die Tagesordnung zu setzen, hat mich ganz besonders gefreut, da dieses Thema die Zukunft in besonderer Weise prägen wird.

Besonders wichtig ist heute in meinen Augen der Resolutionsbeschluss, dass die Beteiligten im Ständigen Ausschuss an der Diskussion zum Grünbuch teilhaben sollen, und dass eine Arbeitsgruppe zur Meerespolitik avisiert ist, um die weitere Entwicklung im Anschluss an das Grünbuch-Verfahren zu verfolgen. Ich halte dies deshalb für besonders wichtig, weil das Grünbuch eine neue Phase in der Meerespolitik einläutet – dies wird endlich eine umfassende Meerespolitik sein, die alle Bereiche – vom Umweltschutz über die Hafenpolitik und von der Fischerei bis hin zum Tourismus – berücksichtigt und einbezieht, es aber bislang noch erhebliche Defizite zu benennen gibt.

Das Grünbuch wird noch bis Juli 2007 ausführlich diskutiert und ich begrüße es sehr, dass sich die Ostseeanrainerstaaten aktiv in die Diskussion einmischen wollen, denn gerade die Ostsee ist von vielen im Grünbuch angesprochenen Problemen im besonderen Maße betroffen, wenn sie auch oft leider noch nicht befriedigend gelöst werden. So bedroht die intensive Fischerei gerade in der Ostsee nicht nur viele Fischbestände, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft vieler Fischer. Besonders gefährdet ist dabei der Dorsch. Die Fangquoten werden seit Jahren um mehr als ein Vielfaches höher angesetzt, als von Wissenschaftlern des ICES (Intern. Rat für Meeresforschung) empfohlen. Die Bestände sind daher sehr dezimiert und teilweise sogar in ihrer Existenz bedroht.

Im Grünbuch wird als Ziel der Fischereipolitik der „allmähliche Wandel zu einer nachhaltigen Fischerei“ formuliert. Dies reicht so nicht aus. Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat in ihrer Resolution formuliert, dass eine gemeinsame europäische Fischereipolitik verfolgt werden solle, die die Besonderheiten der Ostsee berücksichtigt und das Prinzip der nachhaltigen Fischerei durch aktive Mitarbeit im Ostsee-Beirat umsetzt. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt, denn der einzige Weg, um die Vernichtung der Fischbestände und der marinen Biodiversität zu verhindern, ist eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der Fischentnahme und das Verbot zerstörerischer Fischereipraktiken wie der Grundnetzschlepperei. Wir brauchen Fangquoten, die eine nachhaltige Entwicklung und eine Erholung der Fischbestände ermöglichen. Die Fangquoten sind nach wie vor viel zu hoch, sie liegen bis zu 40 Prozent über den wissenschaftlichen Empfehlungen. Dies zu ändern ist nachhaltige Fischerei.

Angesichts der bedenklichen Situation in Bezug auf die ungewöhnliche Algenblüte und die leblosen Gebiete auf dem Meeresboden der Ostsee sollen die Regierungen laut Resolution alle erdenklichen Maßnahmen und Instrumente unterstützen, die der weiteren Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Kommunen, der Schifffahrt und der Industrie dienen. Es ist erfreulich, dass die Landwirtschaft hier als erster Verursacher genannt ist, denn die Eutrophierung der Ostsee ist mittlerweile vor allem durch die diffusen Einleitungen verursacht, deren Hauptverursacher heute in fast allen Staaten die Landwirtschaft ist, vor allem durch die Ausschwemmungen von Stickstoffdüngern. Hier sinnvoll und nachhaltig etwas zu bewirken, macht es dringend erforderlich, die gemeinsame Meerespolitik mit einer gemeinsamen Agrarpolitik zu koppeln.

So ist es sinnvoll, sich aktiv an der für April 2007 geplanten Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz des Ostseerats zu beteiligen, um den eigenen Beitrag zu einer weniger eutrophierten Ostsee weiter zu optimieren und die Ergebnisse dieser Konferenz auf der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahr 2007 in Berlin vorzustellen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz 2006 hat einmal mehr gezeigt, dass sie durch die enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten, die Einleitung und das Vorantreiben politischer Aktivitäten in der Region und den Austausch von Meinungen, Informationen und Erfahrungen eine herausragende Rolle für die Stärkung der gemeinsamen Identität des Ostseeraumes hat.
